

Der Stein- und Arbeiterzeitung

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Verbandsstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383
Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus)
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 15. März 1930

34. Jahrgang

Nummer 11

Ein Butsch zerhackt an der Gewerkschaftsmacht

Die alte Geschichte lehrt uns, daß der römische Kaiser Cäsar unter der Mitwirkung seines Schütlings Brutus in den „Iden des März“, so nannten sie die Tage um die Mitte des Monats März, ermordet wurde. An seinem Sarge hielt Marc Anton die erschütterndste Trauerrede, die je gehalten worden ist, und die der Nachwelt durch die Feder des großen Dramatikers Shakespears besonders nahe gebracht worden ist. Seitdem sind die „Iden des März“ im Buche der Weltgeschichte eindringlich auf schwarzen Blättern vermerkt, auch in der jüngsten Vergangenheit des deutschen Volkes. Dem ungetreuen Brutus gleich, wollte der General-Landschaftsdirektor Kapp aus Königsberg in den „Iden des März“ des Jahres 1920 der deutschen Republik den Todesstoß verfehen. Freilich galt sein gezückter Dolch nicht wie bei den alten Völkern der Geschichte einem staatsherrschenden Tyrannen, denn der wäre ja nach seinem Sinne gewesen, sondern der freien Staatsform der demokratischen Republik, die kaum 1 1/2 Jahre vorher das Joch eines solchen „Staatslenkers von Gottes Gnaden“ mit kräftigem Ruck abgeschüttelt hatte.

Am 16. März jährt sich zum 10. Male der Tag, an dem mit Nachdruck in das Stammbuch der Geschichte geschrieben wurde, daß die politische und wirtschaftliche Alleinherrschaft des agrarischen und industriellen Besitzes endgültig vorbei ist. Es ist der Tag, an dem die machtpolitischen Ziele einer reaktionären Militärdiktatur durch den organisierten gewerkschaftlichen Nachwillen erfolgreich durchkreuzt wurden.

Was wollten Kapp und seine Helfer? Die Beseitigung der Demokratie, in der das Volk souverän über sein politisches und wirtschaftliches Geschick entscheidet. Die Beseitigung der sozialen Schutzrechte der Arbeiterschaft, die als Konsequenz der in der Weimarer Verfassung niedergelegten Grundrechte geschaffen wurden. Die Beseitigung jeglichen demokratischen Einflusses in den Staats- und Verwaltungskörperschaften, wo an Stelle eines bürokratisch-junkerlichen Gehabens einem dem Volke zugewandten freiheitlichen Geiste die Tore geöffnet wurden.

Die Verwirklichung eines jeden dieser Ziele hätte nicht nur eine Arbeitnehmergruppe oder eine Gewerkschaftsrichtung getroffen, sondern der Schlag galt der deutschen Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit. Deshalb auch die einheitliche Gegenwehr. Binnen wenigen Stunden war der größte Generalstreik Wirklichkeit, den die Geschichte der sozialen Bewegungen kennt. Was ist seitdem mit diesem Kampf begriff nicht alles für agitatorischer Unfug getrieben worden! Erreicht wurde hat sich diese Finghölzer während der letzten Jahre etwas gelegt, aber noch immer tauchen in den Reihen der Gewerkschaften Menschen auf, denen jedes Verständnis für den gewerkschaftlichen Kampf und die dabei zu beachtende Taktik abgeht, und die deshalb das Wort Generalstreik so leichtfertig im Munde führen, wie ein Krämer den Namen seines gangbarsten Handelsartikels. Deshalb seien, in Erinnerung an den 10. Jahrestag des großen gewerkschaftlichen Kampfes, der in wenigen Stunden einer Militärrevolte das Rückgrat brach, diesem Thema einige Worte gewidmet.

Ein Generalstreik muß von der Gesamtheit der Gewerkschaften und von allen Gewerkschaften einheitlich durchgeführt werden. Er ist nur dann begründet, wenn er durch einen Angriff auf die Lebensrechte der gesamten Arbeiterschaft notwendig wird. Diese letzte gewerkschaftliche Waffe schon jedesmal dann zu gebrauchen, wenn einem einzelnen Gewerkschaftsmitglied oder einer einzelnen Gewerkschaftsgruppe soziales Unrecht geschieht, würde dazu führen, daß der Generalstreik zu der am häufigsten gebrauchten Waffe werden würde. Das aber kumpft sie ab. Mit den sich täglich ergebenden Schwierigkeiten fertig zu werden, ist Aufgabe der Berufsverbände und der Organe, die zum Schutze der Arbeitskraft von den Gewerkschaften erkämpft und im gesetzlichen Rahmen verantwortet worden sind, Betriebsräte, Arbeitsgerichte usw. Beim Kapp-Butsch lag ein wohlüberlegter Angriff auf die Lebensrechte der gesamten deutschen Arbeiterschaft vor, der mit der Beseitigung des demokratischen Regierungssystems seinen Anfang nehmen sollte. Somit war der Grund zu einheitlicher Gegenwehr durch den Generalstreik gegeben, der ebenso einheitlich wie der Angriff geführt wurde.

Als zweite wichtige Voraussetzung zu einem erfolgreich zu führenden Generalstreik ist seine Kürze zu nennen. Er muß binnen ganz wenigen Tagen den endgültigen Sieg bringen, da sonst die Gefahr besteht, daß sich die Waffe gegen den Richter, der sie führt. Diese Forderung ergibt sich aus der ungeheuren Bedeutung, die der Werte schaffenden Arbeit im gesamten Volks- und Staatsleben zukommt. Man denke sie sich auch nur eine oder einige Wochen ausgeschaltet, also im Sinne der Gütererzeugung und Güterbewegung brach liegend. Dann würden Krankheit und Hungertod in Millionen Familien des Volkes die unabwendbare Folge sein. Damit aber würden gerade die Schichten des Volkes, denen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse keine Geld- oder Warenreserven zur Verfügung stehen, am schwersten getroffen werden. Es braucht kaum noch gesagt zu werden, daß das vor allem die Arbeiterschaft selbst ist. Im Generalstreik des Jahres 1920 lagen die Produktions- und Verkehrsbetriebe nur wenige Tage still, und der Sieg, der sich in der Flucht der Kapp-Regierung äußerte, war vollkommen.

Daneben gelten freilich all die Voraussetzungen, die an die erfolgreiche Durchführung einer jeden gewerkschaftlichen Kampfmaßnahme geknüpft sind, wie Geschlossenheit, Disziplin, Opferwilligkeit u. a. Im erhöhten Potenzen auch für den Generalstreik. Das alles sollte gerade jetzt am 10. Jahrestage des großen Kampfes beherzigt und vornehmlich denen zum Bewußtsein gebracht werden, die das weite und schwierige Gelände, auf dem der Klassenkampf täglich und stündlich tobt und auszutragen ist, nicht sehen oder sehen wollen, und die deshalb Barrikadentampf mit Klassenkampf verwechseln.

Aber noch eins ist der Betrachtung wert, wenn wir den durch gewerkschaftlichen Widerstand binnen wenigen Stunden erledigten

Meinungs- und Handlungsfreiheit

„Man kann in wahrer Freiheit leben, und doch nicht ungebunden sein.“

Dieses Goethe-Wort sollte im ewigen Ringen der Meinungen allseitige Beachtung finden. Statt dessen glauben viele Zeitgenossen, daß die Freiheit im Reden und Handeln unbeschränkt sein müsse, wenn überhaupt der Begriff „Freiheit“ erfüllt sein soll. Freiheit wird irrtümlich völliger Ungebundenheit gleichgestellt, die schließlich zur Anarchie, zur Gesetzlosigkeit auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens führen muß.

Was auf die menschliche Gesellschaft in ihrer Gesamtheit zutrifft, das gilt in besonderer für die Arbeiterbewegung. Auch sie ist bestimmten Regeln unterworfen, ohne deren Einhaltung eine geordnete Entwicklung unmöglich ist, deren Außerachtlassung und Zuhilfenahme aber die nachteiligsten Folgen nach sich zieht. Schließen sich Arbeiter zum gemeinsamen Tun in ihren wirtschaftlichen und politischen Organisationen zusammen, so ist die erste Voraussetzung, daß sie von dem Willen befreit sind, einheitlich vorzugehen. Die Einheitlichkeit ist aber nur zu erzielen, indem sämtliche Mitglieder in ihren Beratungen und Erwägungen von einheitlichen Gesichtspunkten (Richtlinien, Statuten, Programmen) ausgehen und bei Verschiedenheit der Meinungen innerhalb ihrer organisatorischen Grenzen das Mehrheitsprinzip zur Anwendung gelangt.

Je größer und verzweigter eine Organisation, um so komplizierter wird die Durchführung des Mehrheitsprinzips. Sie ist auch nur möglich unter Erfüllung, Anwendung und Einhaltung bestimmter Voraussetzungen. Nehmen wir unseren Verband als Beispiel aus der Gesamt-Arbeiterbewegung heraus, so ist zu beachten, daß er mit seinen ca. 800 Zahlstellen 1. ein einheitliches Ganzes und 2. doch wiederum nur einen Teil der gesamten wirtschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung darstellt. Hieraus geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß

1. die in den einzelnen Zahlstellen zustande kommenden Beschlüsse sich im Rahmen des Statutes halten müssen und daß
2. Zahlstellen- und Verbandsbeschlüsse nicht mit den Satzungen und Richtlinien des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) und denen des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Sitz Amsterdam (IGB) kollidieren dürfen.

In diesen Beziehungen bestehen in Mitgliederkreisen noch Auffassungen, die jedes Verständnis für das Funktionieren einer Zentral-Organisation vermissen lassen. Für manche Kollegen ist jeder Beschluß heilig, auch dann, wenn er gegen die Satzungen und Richtlinien des Verbandes, des ADGB oder des IGB verstößt. Ebenso ist ihnen jeder Befehl heilig, der ihnen in gewerkschaftlichen Dingen von ihren Parteiführern erteilt wird.

Damit kommen wir zu dem Verhältnis von Partei und Gewerkschaft. Bei den wirtschaftlichen und politischen Zusammenhängen läßt sich eine strenge Scheidung der beiderseitigen Aufgaben nur sehr schwer oder gar nicht treffen. Je mehr die Gewerkschaften dazu übergehen, neben der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie der Sozialgesetzgebung und des Arbeitsrechtes Einfluß auf die Führung der Wirtschaft zu bekommen, um so mehr mußte sie sich auch aktiv mit politischen Dingen beschäftigen. Wer die Entwicklung der Deutschen Arbeiterbewegung kennt, der weiß, daß die Gewerkschaften seit jeher in der Sozialdemokratischen Partei (SPD) ihre politische Vertretung erblickt haben und daß vor dem Kriege sogar (mit Bezug auf die SPD) die Auffassung vertreten wurde: „Partei und Gewerkschaften sind eins.“ Dieser ideale Zustand fand seit natürlichem Ende mit dem Aufkommen mehrerer sich einander bekämpfender Parteien. Da aber die Gewerkschaften mangels eigener selbstständigen parlamentarischen Körperschaft (Gewerkschaftspartei) auf eine Vertretung ihrer Interessen in den verschiedensten Parlamenten (Reich, Länder und Gemeinden) angewiesen sind, so

blieb ihnen gar nichts anderes übrig, als eine Arbeitsgemeinschaft mit der Partei zu bilden, die ihrem ganzen Wesen ihnen am nächsten steht, nämlich nach wie vor mit der SPD. Würde die kommunistische Partei nicht im Gegensatz zu den Gewerkschaften und zur SPD stehen, so könnte das gleiche gute Verhältnis, das zwischen Gewerkschaften und SPD besteht, auch zwischen Gewerkschaften und KPD bestehen. Doch dann würde sich die Existenz der KPD auch für ihre eigene Anhängerschaft als überflüssig und schädlich erweisen.

Müssen also alle gewerkschaftlichen Handlungen von einheitlichen Gesichtspunkten ausgehen, so ist es mit dem gewerkschaftlichen Standpunkt unerträglich, wenn ein Teil der Gewerkschaftsmitglieder in völliger Verkennung des gewerkschaftlichen Wesens glaubt, in gewerkschaftlichen Dingen auch nach Parolen und Weisungen von Parteien handeln zu dürfen, die im Gegensatz zu den allgemeinen gewerkschaftlichen Richtlinien stehen; wie beispielsweise die KPD. Diese Partei sieht ihre Aufgabe fast ausschließlich nur noch darin, die bestehenden Arbeiterorganisationen ihren Parteizwecken dienstbar zu machen, worunter, soweit die Gewerkschaften in Betracht kommen, auch die gewerkschaftlichen Interessen leiden müssen. Daß eine Zerstückung des gewerkschaftlichen Zusammenhaltes erfolgen muß, wenn die Mitglieder teilweise entgegengesetzten Parolen folgen, ist doch wohl ohne weiteres klar. Dabei braucht man noch gar nicht einmal an eine organisatorische Spaltung zu denken. Nein, auch die ideale Scheidung der Geister innerhalb der Organisation ist unerträglich. Eine solche geistige Trennung, wie sie die sogenannte revolutionäre Gewerkschaftsopposition aufzog und sie in immer weitere Kreise zu treiben sucht, ist im höchsten Maße verderblich. Aufgebaut auf dem ungerechtfertigten Mißtrauen gegen alles, was mit dem Wesen und Wirken der Gewerkschaften in Verbindung steht, untergräbt sie das so notwendige Einvernehmen zwischen Mitgliedschaften und Führung, dabei auch vor den schärfsten Mitteln nicht zurückschreckend. Anstatt sich nur der Linderung und Beseitigung der wirtschaftlichen Not zu widmen, müssen die Führer folgedessen auch noch den Ansturm der an sich berechtigten, aber in falsche Bahnen gelenkten Empörung, abhalten.

Doch auch über diese schwierige Zeit werden die Gewerkschaften hinwegkommen. Was das Unternehmertum nicht erreichte, das werden auch die bewußt oder unbewußt mit ihnen im Bunde stehenden nicht erreichen. Daran wird auch die gegenwärtige Wirtschaftskrise nichts wesentliches ändern. Weder durch den Druck der Unternehmer, noch durch die radikalen Phrasen der sogenannten revolutionären Gewerkschaftsopposition werden sich die überzeugten Gewerkschaftsmitglieder kopfschüttelnd machen lassen. Nach wie vor werden sie von ihrer im gewerkschaftlichen Rahmen liegenden Meinungs- und Handlungsfreiheit Gebrauch machen, um die gesunde Entwicklung des Verbandes und damit auch die allgemeine Arbeiterbewegung zu fördern. Mit ihren durch ihr Vertrauen berufenen Führern werden sie es aber ablehnen und aufs energischste bekämpfen, daß das Erreichte und trotz der ungünstigen Verhältnisse Gehaltene in Trümmer geht, auf denen dann unter noch weit schwierigeren Verhältnissen wieder vollständig von vorn angefangen werden müßte. Länder, in denen das kommunistische Regime schon bestanden hat, das dann durch den Faschismus abgelöst wurde, reden eine lehrreiche und warnungsvolle Sprache.

Stärkung der Gewerkschaften in jeder Beziehung, Förderung des Zusammenhaltes, Verbannung jedes unberechtigten Mißtrauens, Verlehnung aller von außen kommenden Parolen, Vertrauen in die eigene Kraft und in den zusammengefaßten Mehrheitswillen des Verbandes und eine eiserne Disziplin. Mit diesen Vorläufen ausgerüstet, bilden wir eine unüberstehliche Macht, die auch den schwersten wirtschaftlichen und politischen Stürmen standhalten wird. E. W.

Kapp-Butsch betrachten. Was Kapp, Lüttwich und Lubendorff taten, war im wahren Sinne des Wortes ein Verfassungskampf. Lassalle hat uns gelehrt, daß eine Verfassung nur dann existieren kann, wenn sie ein getreues Spiegelbild der tatsächlichen Machtverhältnisse darstellt. Als solche nannte uns der große Staats- und Verfassungstheoretiker in erster Linie den König, dem das Heer gehorcht und die Kanonen, den Adel, der Einfluß bei Hof und König hat, die großen Industriellen und Bankiers, die über Fabriken, Maschinen und Gelder verfügen. Wirksamer als durch den Kapp-Butsch konnte durch kein Ereignis der Weltgeschichte demonstriert werden, daß heute, bei der Aufzählung der Verfassungsfaktoren die große, von einem einheitlichen Willen besetzte und in feste Organisationen gefügte Macht der Arbeit, an erster Stelle zu nennen ist. In den Märztagen des Jahres 1920 standen alle die Gewalten, die über das Heer, die Kanonen, die Fabriken und die Gelder verfügten, offen oder geheim in der Front gegen die Arbeit. Diese aber blieb trotzdem Sieger. Warum? Weil sie, vom Band der gewerkschaftlichen Idee fest umschlossen, allen Widerständen zu trocken vermochte. Was bei der Abwehr des Kapp-Butsches sehr sinnfällig war, vollzieht sich im Kleinen überall dort, wo es gilt, gewerkschaftliche Machtpositionen im wirtschaftlichen, staatlichen oder gesellschaftlichen Leben zu erkämpfen oder zu halten. In der Gestaltung eines jeden sozialen Gesetzes und in jedem Schiedsspruch spiegelt sich das tatsächliche Machtverhältnis wider. Durch gewerkschaftliche Macht und Einigkeit wurde der große Verfassungskampf am 16. März 1920 zum Besten der Entrechteten und Unterdrückten entschieden. Entschieden, soweit die offene Feldschlacht in Frage kam durch Erhaltung der Demokratie. Seitdem und für alle Zukunft geht es um ihren Ausbau, wo ebenso wie in den kritischen Märztagen, die Macht entscheidet, über die die Arbeiterorganisationen und da vor allem die Gewerkschaften verfügen. F. B.

Jenseits der Front

Der Geschäftsbericht der Vereinigten Deutschen Arbeitgeberverbände.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ist der den Gewerkschaften gegenüberstehende Machtfaktor. Sie bildet die Zusammenfassung der organisatorischen Kräfte jenseits der Front, die Kapital und Arbeit trennt. Vor kurzem gab die Vereinigung ihren Geschäftsbericht heraus, der die Zeit von Anfang 1927 bis Mitte 1929 umfaßt. Dieses Werk hat einen Umfang von 412 Seiten Großoktav nebst 36 Anlagen. Es ist ein Lesebuch von großer Eindringlichkeit, in dem eine Fülle von Material zusammengetragen ist. Der Bericht legt Rechenschaft ab für das Wirken der Arbeitgeberverbände. Er gliedert sich in Hauptgruppen und Untergruppen. Die Hauptgruppen sind: Organisation, unter welchem Kennwort die eigenen und andere Arbeiterorganisationen und die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen behandelt werden. Es folgen die Rubriken: Sozialrecht, Sozialversicherung, Arbeitsmarkt, Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Arbeitszeit, Lohn- und Tarifpolitik, Sozialpolitik im Ausland usw. Soweit der Bericht zu wirtschaftspolitischen Fragen Stellung nimmt, werden neue Gesichtspunkte kaum hervorgebracht.

Eine Gesamtmehrfachung von 17 Milliarden Mark? In der Einleitung wird ausgeführt, daß die Steigerung der öffentlichen Aufwendungen, die sozialen Anforderungen und die Erhöhung der Löhne eine Gesamtbelastung im Jahre 1929 gegenüber 1926 von rund 17 Milliarden Mark ergeben hat. Einzelberechnungen, wie diese Mehrbelastung zustande gekommen ist und woraus sich die Summe von 17 Milliarden Mark zusammenstellt, werden nicht gemacht. Eine Nachprüfung ist also nicht möglich und muß man die Angaben als sehr problematisch bezeichnen. Es wird

weiter ausgeführt, daß diese außerordentliche Mehrbelastung die deutschen Unternehmer zu einer umfassenden Rationalisierung gezwungen habe. Man kann heute rückwärtsgewandt sehr begründete Zweifel darüber haben, ob nicht die durch die Überbelastung der Wirtschaft erzwungene Rationalisierung in unserer Kapitalarmen, aber an menschlicher Arbeitskraft überreichen Wirtschaft sich in zu schnellem Tempo und zu großer Ausdehnung vollzogen hat.

Die Gewerkschaften sind schuld an den Fehlentscheidungen. Die Vereinigung wehrt sich gegen den Vorwurf der Fehlentscheidungen infolge der überstürzten Rationalisierung durch den Hinweis, daß der größte und verhängnisvollste Fehlhauf der letzten Jahre, wie er in vorstehendem skizziert ist, entgegen den begründeten Warnungen und dem Widerstand der Unternehmer von den gleichen Kräften erzwungen worden ist, die sich nicht Genüge tun können in abspiegender Kritik der Unternehmerleistung. Das ist eine sehr billige Behauptung. Wenn die Unternehmer das Prädikat Wirtschaftsführer für sich beanspruchen und dann in der Organisation der Produktion zu Fehlentscheidungen kommen, dann klingt es sehr eigentümlich, wenn die Schuld dieser verfehlten Wirtschaftsführung auf die abgehoben wird, die man bewußt von jedem Mitbestimmungsrecht ausschaltet.

Natürlich fehlt es nicht an Seitenhieben auf die von den regierenden Körperschaften beeinflusste Wirtschaftspolitik. Allerdings bequemt man sich doch zu einem Eingeständnis: „Man mag zugeben, daß es unendlich schwer für unser Volk und seine Regierung ist, nach unserem Zusammenbruch, nach der tiefgreifenden Umgestaltung unserer politischen Struktur mit der Umlagerung der politischen Gewalt in der Richtung solcher Volksteile, die bisher ohne Verantwortung für eine praktisch durchführbare und erfolgreiche Staatsführung in der Opposition gestanden haben, und Angesichts der Ummählungen technischer und organisatorischer Art im Raum der Wirtschaft die optimale Linie unseres Staatswesens zu finden.“ Dieses Eingeständnis wird nicht unterstützt durch praktische Vorschläge, wie sich die Vereinigung eine einheitliche Wirtschaftspolitik denkt, die dem begründeten Streben der arbeitenden Massen Rechnung trägt.

Wie sieht die Spitzenorganisation der Unternehmer aus? Die Spitzenorganisation der Unternehmerverbände ist durchaus nicht ein so einheitliches Gebilde, wie man dies erwarten sollte. Bekanntlich ist sie erst nach dem Kriege entstanden. Ziel der Vereinigung war es, die sachlich und gemischt-gewerblichen Arbeitgeberverbände organisatorisch zu verbinden. Diese Gedanken fanden ihren Niederschlag in der Verankerung des Grundsatzes, daß unter Anerkennung der Gleichberechtigung beider Organisationsformen jeder Arbeitgeber sowohl sachlich als auch gemischt-gewerblich organisiert sein soll. Die Vereinigung faßt durch die in ihr vertretenen Unternehmer 6,4 Millionen Arbeitnehmer zusammen. Insgesamt sind entweder durch direkte Mitgliedschaft oder durch Interessengemeinschaft 3009 Arbeitgeberverbände angeschlossen. Außerhalb der Vereinigung stehen als wesentliche Gruppen nur die Zigaretten- und Bekleidungsindustrie (Konfektion und Schuhe). Als reine Arbeitgeberverbände sind die Organisationen der Industrie- und Gewerbeverbände anzusehen, die 4,8 Millionen Arbeitnehmer beschäftigen. Dazu treten gemischt-gewerbliche Vereinigungen mit insgesamt 1,6 Millionen Arbeitnehmern. Nach Wirtschaftsprüfungsgesellschaften gehören der Vereinigung an: Industrieverbände mit 5200 000, Handwerk mit 320 000, Landwirtschaft 315 000, Verkehr mit 235 000, Handel mit 210 000, Banken mit 25 000, Verschönerungen mit 10 000 und andere Gewerbe mit 65 000 Arbeitnehmern.

Jeder Unternehmer soll doppelt organisiert sein. An sich bildet also die Spitzenorganisation der Arbeitgeberverbände ein buntes Gemisch von Spitzenorganisationen, Reichsverbänden, Fachgruppen, Bezirksverbänden und einiger Ortsverbände. Von den in den Mitgliedsverbänden der Vereinigung erfaßten 6,4 Millionen Arbeitnehmern sind: doppelt organisiert 67,8 Prozent, nur regional, aber nicht gleichzeitig sachlich nur 9,1 Prozent, nur sachlich, aber nicht gleichzeitig regional, 6,8 Prozent. Auf 16,5 Prozent läßt sich das Prinzip der doppelten Zugehörigkeit nicht anwenden, da diese teils anderen Wirtschaftsgruppen (Banken, Handel, Handwerk, Landwirtschaft, Verkehr, Ver-

sicherungen, Zeitungsgewerbe) angehören. Nach dem Prinzip der Vereinigung soll jeder Unternehmer doppelt, d. h. sowohl sachlich als gemischt-gewerblich organisiert sein. Mit dem Reichsverband der deutschen Industrie der wirtschaftspolitischen Spitzenorganisation der Unternehmer bestehen enge Verbindungen. Alljährlich werden gemeinsame Geschäftsführerkonferenzen abgehalten. Sachungsgemäße Organe der Vereinigung sind: das Präsidium (10 Mitglieder), der Vorstand (50 Mitglieder), der Hauptauschuß (200 Mitglieder) und die ordentliche Mitgliederversammlung. Es ist also ein umfangreicher Apparat, der hier zur Erlebigung der Geschäfte aufgebaut wird.

Die zerrissene Arbeiterfront. Ein wehmütiges Gefühl beschleicht einen, wenn man die 25 Seiten des Berichtes durchliest, die den Gewerkschaftsverbänden gewidmet sind. In der zusammenfassenden Schilderung kommt ein Bild der Zerrissenheit der Arbeiterfront zum Ausdruck. Oben stehen die freien Gewerkschaften ADGB und AFD und als der maßgebendste Block der gemischt-gewerblichen Front. Es folgt der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und Angestelltenverbände, der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter- und Angestelltenverbände und die sogenannten wirtschaftsfriedlichen Vereinigungen der verschiedensten Art. Die letzteren sind mit nicht weniger denn 11 Spitzenverbänden vertreten.

Wenn auch die Arbeitgeberverbände noch lange nicht einen einheitlichen Körper mit klarer Zielsetzung darstellen, so ist doch immerhin ein einheitlicher Wille und auch eine entsprechend organisatorische Einrichtung vorhanden. Aber auf der Seite der Arbeiter und Angestellten, also diesseits der Front, sieht es traurig aus. Eine größere Zersplitterung läßt sich kaum denken. Die Unternehmer sind organisatorisch nicht stärker als die Gewerkschaften. Denn die 6,4 Millionen Arbeiter und Angestellten, die sie umfassen, werden beinahe von den freien Gewerkschaften erfaßt. Immerhin wirkt die Vereinigung als eine einheitliche Macht, weil die Zersplitterung in politische und religiöse Richtungen bei den Unternehmern unbekannt ist. Diese Lücke durch äußerliche Kraftanstrengung mit und durch die freien Gewerkschaften auszugleichen, ist des Schweißes dieser Anstrengung wert.

Neues von der Leipziger Messe

Natürlich beschränken wir uns in unserm Bericht auf die Natursteinindustrie und auf diese auch nur insoweit, als sie auf der Baumeße in Erscheinung trat. Eine zusammengefaßte Ausstellung aller Natursteinprodukte ist nämlich auf der Messe nicht vorhanden. Selbst in der Baumeße liegen die von der Steinindustrie belegten Räume (Kojen) nicht zusammen, sondern getrennt, worüber wir durchaus kein Werturteil fällen wollen. Es hat nämlich beides sein Gutes: Eine zusammengefaßte, geschlossene Ausstellung wirkt gewaltiger, imponanter — kommt aber nur denen zu Gesicht, die diesen Ausstellungsteil besuchen, und das sind bei der gewaltigen Ausdehnung der Messe auf das ganze Leipziger Geschäftsviertel (das Zentrum) und das große Ausstellungsgelände der Technischen Messe doch verhältnismäßig nur wenige. Verteilt sich dagegen die Steinindustrie auf verschiedene Abteilungen, so tritt sie zwar nicht so wichtig (mäßig) in Erscheinung, dafür aber öfter. Jedenfalls hält es schwer, zu entscheiden, welcher Ausstellungsart, der geschlossenen oder der getrennten, der Vorzug zu geben ist.

Den bisherigen Ausstellern der Steinindustrie haben sich erfreulicherweise noch einige hinzugesellt. Erstmalig vertreten sind die Marmor-Industrie Kiefer A.G., Kiefersfelden, Oberhain und die Marmorwerke Wandsbeck A.G., Hamburg. Ersterer mit modernen Grabdenkmälern, letztere mit einer Ausstellung von 84 verschiedenartigen Marmorarten. Eine ebenso reichhaltige Ausstellung zeigt der Bund Deutscher Marmorbruchbesitzer, und zwar nur in deutschen Marmorarten, einschließlich Serpentin. In Marmor sind ferner vertreten die Firma Köstner & Gottschalk, Berlin (diese Firma offeriert auch Mischkalk und Travertin) mit künstlerisch ausgeführten Intarsien- (Einlege-)Arbeiten, W. Thust, Gr.-Kunzendorf mit ihrer umfangreichen Grabmal-Ausstellung in schlesischem Marmor, dazu

ein Sortiment kunstgewerblicher Gegenstände aus Marmor und Serpentin. Die Firma Brandes & Schmarck, Hamburg, zeigt durch Leuchteffekte die Farbenpracht ihrer ausgestellten Marmorarten. Mit einer großen Ausstellung ist auch die italienische Firma: „Societa Marmifera Nord Carrara“ vertreten.

Jura-Kalkstein zeigen neben der Vereinigung der Juramarmorbruchbesitzer die Firmen Juramarmorbrüche Mähren-Gundelsheim und A. Diroll, Gmbh, Burgundstadt, Oberfranken.

Die Granit-Steinindustrie ist nur durch die Firma Popp, Steinwiesen, vertreten.

Die Granitwerksteine und die Pflastersteine- und Schotterindustrie werden repräsentiert durch die Firmen Friedrich Kießler, Häslich i. Sa., die Königsbrüder Granitwerke Gmbh, Königsbrück i. Sa., die Staatlichen Hartsteinwerke Klinga i. Sa., Paul Bertram-Gmbh Halle-Löbejün und durch den Verband der Steinbruchbesitzer zu Bernburg u. Umg.

Von der Kunststeinindustrie erwähnen wir nur die Kasseler Basaltindustrie-AG mit ihren Basaltplatten und Bordsteinen und das Basaltwerk A. Hoersch, Bischofsheim-Rhön ebenfalls Basaltplatten ausstellend.

Preßluftanlagen und -Geräte für Steinindustrie und Steinstraßenbau zeigen die Firmen G. A. Schütz, Wurz i. Sa. und Kießler & Co., Berlin. Die ergründete Firma führt auch einen Auftrags-Apparat zum Aufrauben glatgelaufter Bürgersteige, Treppenstufen usw. vor. Derselbe besteht aus einem rotierenden Stockhammer (Walzenhammer). Die Delmag-AG Kelling führt ihre Explosions-Kammern in Tätigkeit vor, wobei der Zuschauer den Eindruck erhält, als ob das Kammer mit diesem Apparat eine Spielerei ist. Daß auch die Geschwindigkeit (wie die Körperkraft des Kammer) durch diesen Apparat ersetzt wird, glauben wir nicht.

Zum Schluß noch einige Worte über die Russische Ausstellung. Die Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken (UdSSR) in Deutschland haben ein eigenes Ausstellungsgelände mit den zahlreichen Produkten ihres gewaltigen Reiches. Die Handelsvertretung der UdSSR hat auch einen Prospekt 1930 über Natursteine herausgegeben, der folgende Gesteine anpreist: Golowinster Labradorit (zur Herstellung von Grabsteinen), Schwedischer Labradorit (ebenfalls zu Grabsteinen), Turkinster Labradorit (für Wandbekleidung, Fassaden Schmud usw.), Gornowinster Labradorit (für Platten), Organgefarbenen Granit von Kamsker Berg, Roter Lesniser Granit, Roter granitartiger Granit von Krimoi Kog, Pitrit, Schöfwinster Porphyr und Quarzit, Bjelgoriter roter Marmor (Karelien), Sawrilowiter Marmor (Karelien), Krasnogoriter roter Marmor (Karelien), Karsiniter weißer Marmor, Schwarzer Ural-Marmor, Tscheljabinsker Marmor, Armenischer Marmor, Dscharkhescher Konglomerat (Armenien), Artikler Luffstein (Armenien), Sorlomester Breccie.

In dem ausführlichen Prospekt werden für die genannten Steine die gleichen Verwendungsmöglichkeiten angegeben, wie sie für die bekannten in- und ausländischen Gesteine üblich sind. Ferner heißt es in dem Prospekt:

„Die Aufnahme eines regelmäßigen Exportes nach Deutschland steht bevor. Es soll ein Lager an der deutsch-polnischen Grenze errichtet werden. Es wird dabei garantiert, daß nur gesunde Blöcke ohne Sprünge, Stöße und sonstige Fehler geliefert werden.“

Demnach scheint mir Rohmaterial in Betracht zu kommen, womit wir zwar in Deutschland auch reichlich gesegnet sind, doch ist es immer noch besser, als wenn fix und fertig bearbeitete Steine eingeführt werden.

Alles in allem. Der Besuch der Messe war im Vergleich zur vergangenen Herbstmesse sehr gut. Wir konnten auch beobachten, daß die Ausstellungen der Steinindustrie reges Interesse fanden. Hoffentlich wirkte sich das auch in entsprechenden Käufen aus.

F. W.

Bernard Shaw und die Frauenfrage

Von B. Weingarh.

Einst sprach Karl Marx, der Stern unter den größten der großen Männer des neunzehnten Jahrhunderts: Dichter sind Lomische Käuze! Diese Worte passen exakt auf den großen Dichter und Dramatiker des modernen Englands: Bernard Shaw. Dichter haben nun einmal das Privilegium, mehr sagen zu dürfen als andere Leute von Rang. Bernard Shaw hat sich schon häufig in der Rolle eines enfant terrible gefallt, ohne daß ihm seine Seitensprünge verargt wurden. Er ist der große Zyniker, dem nichts heilig ist.

Sein auch in der deutschen Sprache erschienen Buch „Beweglicher der intelligenten Frau zum Sozialismus“ ähnelt, äußerlich betrachtet, Bebel's „Frau und der Sozialismus“. Freilich nur äußerlich; denn während Bebel durch kein Buch in Deutschland zum Pionier der Frauenemanzipation wurde, der Frau in ihrem Kampfe um die Gleichberechtigung der Geschlechter eine Art Bibel gab, wendet sich Shaw an das große Heer der englischen Frauen, die die Männer numerisch um ein Vielfaches überflügeln, um sie in den Sozialismus einzuführen. Beide Männer unterscheiden sich nicht nur grundlegend, sondern vor allem auch psychologisch. Bebel war Parteimann und Optimist von echtem Schrot. Shaw ist wohl Sozialist, steht aber, wie auch schon andere Dichter, „über der Partei“, weshalb er auch pessimistischer und Skeptischer ist. Er ist vor allem ein unverwundlicher Späßvogel, der stets bereit ist, mit beizendem Spott über alles herzufallen, was ihm in die Quere kommt.

Interessant ist die Art, wie Shaw die Frauenfrage behandelt. Doch, ehe wir näher an dieses Problem herangehen, sei noch auf etwas anderes aufmerksam gemacht. Wie immer man zu Shaw steht, eins muß zugegeben werden: er spricht stets to the point (zur Tagesordnung), verwirrt nie die zur Diskussion stehenden Probleme. Er nennt die Dinge beim richtigen Namen. Sein Buch hat den großen Vorzug: es ist in der Unterhaltungsform geschrieben; es gibt keine Zitate, keine störenden Fußnoten, keine endlosen Zahlenreihen in Form von Statistiken.

Auch der treueste Anhänger von Karl Marx wird Shaw nicht schelten können ob der Art, wie er sich mit Marx beschäftigt. Da heißt es z. B.: „Der Marxismus ist nicht nur wertlos als Beweglicher zur parlamentarischen Regierungsform, sondern obendrein auch noch verderblich.“ Auch dem verbissensten Marx-Anbeter dürfte es schwerfallen, das zu bestreiten. Als Marx das „kommunistische Manifest“ oder sein grundlegendes Werk „Das Kapital“ schrieb, gab es noch keine Arbeiterparteien im modernen Sinne. Die Demokratie galt wohl als erstrebenswertes Ziel, von praktischer Demokratie aber kannte man wenig oder gar nichts. Also spricht Marx nicht darüber. Außerdem schreibt Marx, der nur Wissenschaftler war, einen schweren Stil. Deshalb war es auch Ferdinand Lassalle und nicht Karl Marx, der zum Erwecker des deutschen Proletariats wurde, es zur Klassenbewußtheit der Partei zusammenführte.

Da Shaw sich an die „intelligente Frau“ wendet, ist es einleuchtend, daß er sich auch eingehend mit der Frauenfrage beschäftigt. So schreibt er:

Ein junges Mädchen, das seinen Beruf als vorübergehende Erscheinung betrachtet, den es nur so lange ausübt, bis es den ihm passenden Mann gefunden, wird nie in der Lage sein, so tüchtig im Beruf zu werden, wie der Mann.“

Von diesem Standpunkt aus betrachtet erhält die Frauenfrage freilich eine ganz andere Bedeutung als den Freunden der Frauenemanzipation lieb sein kann. Auch die gewerkschaftliche Forderung: „Gleicher Lohn für gleiche Leistung“ erhält durch diese unwahrscheinliche Behauptung eine gewisse Einschränkung. Denn, wenn die unverheiratete Frau ihren erwählten Beruf nur als Nebenfache, als Notbehelf betrachtet, bis sie in dem Hafen der Ehe landet, ist schon die „gleiche Leistung“ schwerer erreichbar. Leider spricht sich Shaw über

das Problem vom „gleichen Lohn bei gleicher Leistung“ nur recht unklar aus, das ist ein Mangel. Wohl sagt er:

„Verlangt so ein weiblicher Rebell „gleichen Lohn für gleiche Leistung“, so wird sie vom Unternehmer mit dem Argument zum Schweigen gebracht: „Wenn du nicht zum gegebenen Frauenlohn arbeiten willst, so laß es bleiben; es gibt genug andere, die froh sind, es tun zu können. Oder: Wenn du auf einen Männerlohn bestehst, stelle ich lieber einen Mann an deine Stelle.“

August Bebel, dessen Todestag das deutsche Proletariat in diesen Tagen in Ehrfurcht begehrt, spricht in seinem grundlegenden Buche mit Verachtung von John Stewart Mill, dem großen englischen Volkswirtschaftler — der sich, immerhin einige Jahre vor Bebel, zum Befürworter des Frauenwahlrechts bekannte —, weil er ein Buch unter dem Titel „Die Hörigkeit der Frau“ erschienen ließ. John Stewart Mill vertritt nun freilich ähnliche Ansichten, die auch heute — er starb Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts — von Bernard Shaw vertreten werden. Shaw schreibt:

„... das Tragen und Erziehen der Kinder, einschließlich des Führens des Haushalts, ist das natürliche Monopol des Weibes. Gehören doch auch diese Dinge zu den wichtigsten Funktionen des menschlichen Geschlechts.“ Sie geben dem Weibe eine Bedeutung, die sie in keiner anderen Profession erreichen kann und wozu der Mann unfähig ist, ist es eine Naturerscheinung und keine künstlich von den Männern geschaffene Einrichtung. Durch diese natürliche Arbeitsteilung wird der Mann in Wahrheit an das Weib gebunden; es entsteht eine Männerfrage, und nicht — wie sonderbarerweise gesagt wird — „eine Frauenfrage“.

Hier haben wir den Schawismus, der sich in seinem Theaterstück „Mensch und Uebermensch“ so drastisch ausdrückt, in seiner nahesten Gestalt. Shaw, der Einundsechzigjährige, blieb Junggeselle; er ist ein verbissener Weiberfeind, der nicht von der fixen Idee loskommt, die Coaxidyster sei von Natur aus dazu geschaffen, den Mann — nach ihm das wirklich schwache Geschlecht — zu verführen und in die Falle zu locken. Immerhin ist das, was unser Dichter über diesen Punkt zu sagen hat, recht bemerkenswert. Sehr marfant schreibt er beispielsweise über das „Lafchengeld“, das sich so manche Frau so nebenbei verdienen will. Dem Sinne nach heißt es da: Dadurch, daß ein großes Heer von Frauen für „ein Lafchengeld“ Stundenarbeit verrichtet, wird der Arbeitsmarkt überflutet mit subventionierten Frauen und Töchtern, die für einen Lohn arbeiten, zu dem die alleinlebende Frau oder Witwe, die den Kampf ums Leben zu führen hat und dabei ehrlich bleiben will, einfach nicht arbeiten kann. So wird für die Frau die Ehe zur Zwangslage: sie muß den ersten besten Mann nehmen, der sich ihr bietet, letzteres ist immer noch dem Hungerleiden vorzuziehen. Es gibt Frauen, die mit Leichtfertigkeit einen Mann finden, andere wieder, weniger schön oder einnehmend, greifen zu allerlei Tricks, um den auserlesenen Mann einzufangen. Solche Weibertricks tragen freilich zur Hebung des Selbstbewußtseins nicht bei, führen selten zu einer glücklichen Ehe, besonders wenn der Mann schließlich herausfindet, nur Opfer oder Mittel zum Zweck gewesen zu sein.

Trotzdem bekennt sich auch Shaw zum Standpunkt der Gleichberechtigung. Als Schüler von J. B. S. unterföhelt er die thörichte These, daß die einzige Hoffnung auf den Bestand der Zivilisation die befreite Frau und die nach „Freiheit“ alles dessen, was da Menschenantlitz trägt“ kämpfende Arbeiterklasse sind. Shaw bekräftigt die These mit dem Zusatz: J. B. S. war weder ein Phantast noch ein Demagoge.

Zusammenfassend kann gesagt werden, wenn Bernard Shaw kein begeisterter Anhänger des Frauenwahlrechts ist, so etwa nicht deshalb, weil die Frauen zur Ausübung politischer Rechte und Pflichten auf Grund ihrer Schwächen unfähig sind — auch die Männer weisen in dieser Hinsicht mancherlei Schwächen auf —, die aber allesamt in der physischen und psychologischen Unzulänglichkeit des menschlichen Geschlechts an sich ihre Begründung finden und durch die ungleichen Verhältnisse der kapitalistischen Mißwirtschaft scharf be-

günstigt werden. Shaw scheut sich aber nicht, mit bestimmten Unzulänglichkeiten scharf ins Gericht zu gehen. So sagt er beispielsweise an einer Stelle seines Buches:

„In Erwägung, daß Sokrates sich vergiften mußte, Christus am Kreuz sterben mußte, die Jungfrau von Orleans auf dem Scheiterhaufen, alle aber mit Jubel der Volksmassen, weil Richter und Kirchenväter entschieden, zum Leben seien sie zu böse und korrupt, können wir uns, d. h. die Allgemeinheit, also das Volk in seiner Gesamtheit, doch nicht gut als Richter der absoluten Gutheit, oder als solche, die als Inkarnation des Guten gelten, aufspielen.“

Das ist gewiß wahr, das Problem des Guten und Bösen wurde bisher von der Allgemeinheit — nun, sagen wir — recht unklar behandelt. Schließlich wurde doch beispielsweise der römische Richter Pilatus von der Volksmasse gezwungen, Christus zu verurteilen, wobei wir freilich die Frage unerörtert lassen wollen, inwiefern sich Pilatus dem Zwang der „Volksmeinung“ gern fügte. Jedoch würde es zu weit führen, uns näher mit diesen Problemen zu beschäftigen. Die Forderung der Gleichberechtigung der Geschlechter in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht kann letzten Endes nur dann Fortschritte machen, wenn die Frau selbst die Notwendigkeit hierzu einsehzt.

„Nur der verdient sich Freiheit und das Leben, Der täglich sie erkämpfen muß!“

Das gilt auch ganz besonders für die Frau. In ihr selbst muß das Gefühl, daß sie gleichberechtigt neben dem Manne stehen muß, viel härter werden.

Der stille Bruch

Wie Orgelpfeifen wächst der Stein:
non edig silbergraum Zinn.
Was wohl das Lied des Raben meint:
was ist der düster traurige Sinn?

Der stille Bruch, der kalte Bruch —
in dem die Arbeit lang schon schweigt.
In Tannen klagt es wie ein Fluß:
der Sturm zum Rabenliebe geht!

Bei Tag der Rabe, nachts die Eule —
kommt Fuhs und Dachs zum Stellbüchlein?
Wer bricht die edige Silberfäule —
wer wird der nächtliche Werker sein?

Ein Traumitane schafft im Bruch:
im Bruch — der schon seit Monden still
Er trägt dem arbeitslosen Fluß —
der Riese weiß: was er hier will!

Er nahm den Bruch in eigene Hand:
der Traumitane: Proletar!
Aus Silberstein — wächst hoch die Wand:
und links und rechts ein Türmeppaar!

In kalter Nacht, in Winternacht
entstand im Traum der große Bau.
Der Wolfspalast — rot überflagt:
aus Silberstein: das Zukunftshaus!

In diesem Hause ist viel Freud:
das heilige Wir ist hier Geleß.
Das Wir: es bannte jeglich Leid:
Arbeit und Liebe: höchstes Geleß!

Mag Dorlu

Was irgend gehen will und wollen.
Muß in der Welt zusammenhalten

Aus dem Verband für den Verband

Willst du dich am Ganzen erquicken / So
mußt du das Ganze im Kleinsten erblicken

Jeder Schrift wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Duzend Programme • Karl Marx

August Kredow, ein Pionier der Steinsegerbewegung, ist am 23. Februar in Berlin gestorben. Der jüngeren Generation in der Steinsegerbewegung dürfte der Name August Kredow wohl nicht mehr bekannt sein, und doch hat der Verstorbenen großen Anteil an der gewerkschaftlichen Erweckung der Steinseger gehabt. Allerdings hat er nur in Berlin tenis und erfolgreich gewirkt. August Kredow war der erste, der hier den Kampf gegen den Jungstgeit der Berliner Steinsegergesellen planmäßig und zielbewußt aufgenommen hat. Er war anfangs der neunziger Jahre der anerkannte Führer der jungen Generation, die sich die Abschaffung des Jungstwesens und der Eingliederung der Steinsegerbewegung in die Gewerkschaftsbewegung zum Ziel gesetzt hatte. Er war damals unter uns allen zweifellos der Kopf, dabei ein ruhiger und fähler Taktiker, dem auch seine Gegner die Anerkennung nicht verweigerten. Ebenso aber war er auch tüchtig in seinem Fach, so daß er schon in verhältnismäßig jungen Jahren von seinem Arbeitgeber, der Firma N. Ernott, mit der selbständigen Führung größerer Straßenbauten als Polier betraut wurde — bis eines Tages — es war im Jahre 1892 — die Berliner Steinseger-Jungung zu einem „großen Schlag“ gegen die „Koten“ ausholte, der sich dahin auswirkte, daß alle Führer der jungen Bewegung von ihren Firmen entlassen wurden. Auch August Kredow traf dieses Los. Natürlich trat die von den Jungungsführern erwartete Wirkung nicht ein. Es fand sich doch eine Jungungsfirma, die sich an dem geplanten Schlag nicht beteiligte, sondern im Gegenteil alle Gemahregelungen einstellte — und sie alle auf einer Baustelle beschäftigte. Sie hat keinen Schaden davon gehabt. So kam es, daß mit einer einzigen Ausnahme alle Funktionäre des damaligen Lokalverbandes Berlin eine Zeitlang auf einem Bau zusammenarbeiteten. Die Jungung hat dann einsehen müssen, daß sie so auch nicht der unbequemen Bewegung Herr wurde und hat ihre Maßregelungsgelüste später wieder aufgesteckt.

August Kredow hat in dieser Zeit tätig mitgearbeitet an dem Aufbau der gewerkschaftlichen Organisation der Steinseger. Der Statutenentwurf, den Berlin zum Stettiner Verbandstag 1892 vorgelegt hatte, war in der Hauptsache eine gemeinsame Arbeit von August Kredow und dem Unterzeichneten. In dem Verbandstage nahm Kredow als Delegierter teil, auf dem er auch ein für den damaligen Bildungsstand der Steinseger durchaus hochstehendes Referat hielt, dessen wesentlicher Inhalt in dem jetzt erschienenen dritten Bande der „Geschichte der Steinsegerbewegung“ abgedruckt ist. Auch das sonstige Wirken Kredows ist dort in eingehender Weise gewürdigt.

Weiter hat es das Schicksal nicht gewollt, daß August Kredow den ihm auf diese Weise erstatteten Dank noch bei Lebzeiten erfahren hat. So ist der 3. Band denn für ihn ein Gedächtnisalbum geworden. Ein Dank, den er reichlich verdient hat. Auch ich persönlich bin August Kredow zu Dank verpflichtet, habe immer in ihm meinen eigentlichen „Lehrmeister“ gesehen. Das Werk, zu dem er die geistigen Fundamente mitgelegt hat, steht heute fest und unerschütterlich. Und wenn auch unsere Namen einstmal vergessen und verweht sein werden — sein Werk, unser gemeinsames Werk wird lebendig fortwirken.

Noch ein Veteran der Steinsegerbewegung gestorben. Am 17. Februar ist in Elmanshausen, Kreis Schwabe, der inwobendbare Johann Reiss verstorben. Mit ihm ist ein Veteran aller Kämpfe der ländlichen Steinsegerbewegung dahingegangen. Johann Reiss ist niemals besonders hervorgetreten, sein Name wird daher nur einem kleinen Teile der Kollegenhaft bekannt geworden sein. Er ist einer der vielen namenlosen Helden, der „unbekannten Soldaten“ der Arbeiterbewegung gewesen, die die eigentlichen Träger unserer Bewegung sind. Joh. Reiss war von den Treuen, die als ländliche Proletarier zuerst den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation gefunden haben, einer der Treuesten. Sein Verband war ihm Herzenssache geworden, für den er lebte und für den er viele Jahre hindurch treue Arbeit geleistet hat. — Elmanshausen war seinerzeit die erste Verbandsszelle, die im Hessischen errichtet werden konnte. Von hier aus wurde der ganze Kreis Schwabe für den gewerkschaftlichen Gedanken erobert. Die „Hessen“, einstmals die „Lieblinge“ gewisser Unternehmer, namentlich in Hannover, haben sich, nachdem sie den Gewerkschaftsgedanken erfasst hatten, dann als die besten Agitatoren für denselben erwiesen. Überall, wohin sie kamen, haben sie für den Verband geworben. Denn sie alle waren und sind ja dazu verurteilt, jahraus, jahrein ihr Brot in der Fremde zu suchen. Aber nicht nur Pioniere des Gewerkschaftsgedankens sind „die Hessen“ seit über 30 Jahren. Es hat nicht lange gedauert, da waren die hessischen Steinsegerlöhne auch die Träger der politischen Arbeiterbewegung in ihrer Heimat geworden. Und bei dieser Entwicklung ist unser verstorbenen Kollege Reiss seinen übrigen Kollegen immer ein leuchtendes Beispiel treuer Pflichterfüllung und lauterster Gesinnung gewesen. Möge der Geist des dahingegangenen Kollegen Reiss im Hessenlande und darüber hinaus noch recht lange erhalten bleiben und nachwirken.

H. Knoll.

Zu den Betrieben der Oberkirchener Sandsteinbrüche AG, in Oberkirchen, Grafschaft Schaumburg, sind Differenzen entstanden, die die Belegschaft aller Abteilungen zur Arbeitsniederlegung nötigen. Herr Direktor Krone hatte den dort bestehenden Tarifvertrag zum 31. Dezember 1929 gekündigt. Bereits am 13. Januar 1930 wurden Verhandlungen gepflogen, um zu einem neuen Vertragsverhältnis zu kommen. Nach dem Willen des Herrn Krone sollte der schon jahrelang bestehende Tarif gekündigt sein, um einen anderen Tarif, der sich auf einer andern Gestaltungsart aufbaute, zur Einführung zu bringen. Nach dem Vergleich der Positionen hätte das eine Verschlechterung für die Steinseger um etwa 30 Prozent gebracht. Es wurde dann vereinbart, die Verhandlungen um einige Wochen zu verlegen, bis einige Neuerungen ausprobiert sind, bis dahin sollen die Löhne wie bisher weiterbezahlt werden.

Herr Krone hielt sich jedoch nicht an diese Vereinbarung! Im Steinbruch bezahlte er den Pflastersteinmachern, die in der Regel im Markt arbeiten und für die der Stundenlohn 97 Pf. beträgt, wenn sie andere Arbeit verrichten, nur noch 70 Pf. pro Stunde, was das nicht will, kann nach Hause gehen. Den Steinseger bezahlte er Werkstücke, die nach Tarif etwa 21 Mark kosten würden, mit 13,50 Mark, das Schmierer von Platten in der Schleiferei ist nach Ansicht des Herrn Krone keine Steinsegerarbeit und erhalten die dort beschäftigten Steinseger nur 1,05 Mark anstatt 1,35 Mark pro Stunde. Da diese ab und zu mit andern Arbeitern beschäftigt werden, hält Krone sich berechtigt, diese Lohnsicherung vorzunehmen. Nachdem seit der ersten Verhandlung mit 4 Wochen 6 Wochen verstrichen waren, wurde vom Bezirksleiter, Kollegen Dr. Oll, Osnabrück, erneut Verhandlungen versucht. Herr Krone erklärte, er wolle verhandeln. Das Weiterbestehen des Tarifvertrages für Steinseger lehnte er jedoch brüsk ab. Die Belegschaft formuliert in einer Versammlung die Grundlagen zu einer erneuten Verhandlungsbasis. Diese wurden Herrn Krone am 24. 2. übermittelt mit dem Ersuchen, sich innerhalb 3 Tagen zu äußern evtl. Gegenanträge zu machen. Schon am 26. Februar beauftragte Herr Krone am Morgen den Vorstehenden des Betriebsrates, er solle den Bezirksleiter sofort telefonisch herbeirufen, er wolle unterhandeln. Am Abend schon war die Stimmung umgeschlagen und Herr Krone äußerte sich geschmackvoll, „laßt den Kerl fort und telefonisch ab“. Die Belegschaft war jedoch anderer Meinung. Am 27. Februar verfuhr nun der Bezirksleiter trotzdem Verhandlungen anzubahnen. Herr Krone erklärte jetzt, die Arbeiter seien „verrückt“ geworden mit dem Wunschzettel, der ihm überreicht sei das zahle er nicht, er schließe den Betrieb und sperre aus, oder sie sollen streiken.

Die Verhältnisse im Bruche, unter denen die Arbeiter ihren Verdienst nachahmen müssen, sind ein Skandal und teilweise lebens-

gefährlich. Wenn unter solchen Verhältnissen eine tiefe Erbitterung platzgreift, ist es nur zu begreiflich. Eine sofortige Versammlung der Arbeiter des Steinbruchs beschloß: wenn Herr Krone jetzt kein Entgegenkommen zeigt, die Arbeit ruhen zu lassen. Krone erklärte jedoch, bei einem nochmaligen Besuche in 14 Tagen könne er vielleicht verhandeln, mit solchen Dummköpfen, die solche Forderungen aufstellen, sei jedoch Verhandeln zwecklos. Eine Versammlung aller Beschäftigten der Betriebe beschloß nach dieser neuesten Leistung des Herrn Krone in geheimer Abstimmung, die Arbeit ruhen zu lassen. Als böser Engel und Ratgeber des Herrn Krone entpuppte sich immer mehr ein Betriebschmeißer, Herr Battermann. Dieser, ein Steinseger von Beruf, hatte früher immer mit die schärfsten Töne bei Forderungen angeschlagen. Als rechte Hand des Direktors, Herrn Krone, muß er jedoch seine Unentbehrlichkeit beweisen, was bei Renegaten nicht weiter verwunderlich ist.

Die Kollegen sind restlos im Verbanne, ob Steinseger oder Brecher, Pflastersteinmacher oder Hilfsarbeiter, Säger oder Schleifer, die Solidarität wird alle Gruppen stützen.

Von unserer Seite ist die Regierung des Freistaates Lippe, der Mitaktionär, um Eingreifen ersucht, ebenso der Herr Gewerberat in Minden.

Von den Kollegen erwarten wir, daß alle Arbeitsangebote des Herrn Krone zurückgewiesen werden. Diesem Despoten muß gezeigt werden, daß die Arbeiter keine Idioten sind, wie er sich gerne ausdrückt!

Eine Berichtigung — Wernswig. In einer Versammlung am 23. Februar spielt ein Vorgang in der Debatte eine Rolle, über den der „Steinseger“ bereits zweimal eine Notiz gebracht hat. Die erste erschien im November 1929 unter dem Stichwort „Ein Gemütsmensch“, worin dem Betriebsleiter des Dolomit-Betriebes in Wernswig der Vorwurf unqualifizierter, also unangebrachter Äußerungen gemacht wurde im Hinblick auf künftige Unfälle von Rechtsanwältin eine Berichtigung brachte, in der er die betreffende Äußerung als wahr bestritt. Damit wurden zugleich die Kollegen Mand und Kohde, denen gegenüber diese Äußerung fiel, der Unwahrheit beschichtigt. Das wurde natürlich nicht direkt gesagt, ist aber die logische Folgerung aus der Berichtigung. Die genannten Kollegen, die dem Betriebsrat angehören, stehen nach wie vor zu ihren Worten, folgedessen ist die Berichtigung des Betriebsleiters, Herrn Kaumanns, nicht richtig und dementsprechend zu bemerken. In der Sache selbst lehnen wir künftig jede Notiz ab und überlassen das weitere einer evtl. richterlichen Entscheidung. Die Redaktion hat selbstverständlich gar keine Ursache, an den Worten der Kollegen Mand und Kohde zu zweifeln, daran ändert die Darstellung des Betriebsleiters nichts, ebensowenig eine Klage, die schon vor der Berichtigung auf Grund des Pressegesetzes angedeutet wurde.

Gefahren der Steinbrucharbeit. Im Steinbruch der Firma C. Winterheld in Winterhausen verunglückte tödlich der Hilfsarbeiter Fritz Winkler von Rattenbauer durch Herabstürzen eines Steines. Die Loslösung ist auf Witterungsverhältnisse (Nachtstrost, am Tage Tauwetter) zurückzuführen. Der Stein kam ins Gleiten, der Kollege konnte nicht mehr ausweichen und kam direkt unter den Stein zu liegen, der Tod trat sofort ein. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau und drei Kinder. Der Vorgang ermahnt erneut zur größten Vorsicht.

Auf ein 25jähriges Bestehen blickt die Zahlstelle Ober-Weilau, jetzt Gadenkrei, zurück. Im Jahre 1900 zeigten sich die ersten Anfänge unserer örtlichen Organisation, durch den Zugang fremder Steinseger. Jene Kollegen, die sich dann unter den hiesigen zum Eintritt in den Verband entschlossen, bekamen aber recht bald die Maßnahmen der Unternehmer, sowie deren Angestellten, zu spüren, wurden entlassen oder sonst irgendwie gemahregelt. Erst am 25. Februar 1905 fanden sich wiederum einige beherzte Kollegen zu-

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

Spezial:

1. Gau: Berlin. Trotz der großen Arbeitslosigkeit in allen Berufsgruppen im Groß-Berlin versuchen die Arbeitgeber, durch Anzeigen im „Steinbildhauer“ oder in Tageszeitungen, Kollegen nach Berlin zu ziehen. — In den meisten Gruppen haben die Arbeitgeber die Tarife gekündigt und planen Lohnabbau. — Wir warnen alle auswärtigen Kollegen, ganz gleich, aus welcher Branche, zuzureisen, um die bevorstehenden Kämpfe nicht zu erschweren.
2. Gau: In Liegnitz die Fa. Herm Wagner für Steinseger.
3. Gau: In Beiersdorf, Bez. Lößau, Fa. Herm Jeschke, Granitwerk.
4. Gau: In Eichenau das Granitwerk W. Conradus, weil Tarifverschlechterung von der Firma beabsichtigt ist.
5. Gau: In Hildesheim die Firma Schneidewind. — In Duisburg die Arbeitsstelle des Unternehmers Götzel (Straßenbau).
6. Gau: Oberwaldbezirk (Werkstein- und Pflastersteingruppe).
11. Gau: In Bad Dilsdorf die Tiefbaufirma Schulz. (Dort bekommen die Steinseger und Berufsgenossen keinen Lohn.)

Streit:

4. Gau: In Oberkirchen bei der Firma Oberkirchener Sandsteinbrüche AG sämtliche Beschäftigten wegen bedeutender Lohnkürzung.

Schweiz. Von deutschen Kollegen, die im Granitwerk zu Kreuzlingen bei der Firma Sauter & Co. arbeiten, liegen Schilderungen vor, die uns veranlassen, von der Arbeitsannahme dort dringend abzuraten. Auch dann, wenn der Inhaber der Firma sich mit dem Auto Steinbauer und Schleifer in Deutschland unter allen möglichen Versprechungen zusammensucht. Sind die Arbeitsverhältnisse auch schlecht in Deutschland, so müssen die deutschen Steinseger doch ablehnen, mit sich Schindluder spielen zu lassen.

Arbeitsgelegenheit in Holland. Von einer Anzahl deutscher Steinseger gehen mir Anfragen über die Beschäftigungsmöglichkeit im holländischen Straßenbauwerke zu, die ich unmöglich beantworten kann. Es sei festgestellt, daß ein sehr großer Teil der holländischen Straßenbauarbeiter arbeitslos ist und somit keine Gelegenheit besteht, jetzt arbeitslose deutsche Steinseger hier unterzubringen.

H. Schoonderwoerd.

Vorstehender des Niederländischen Straaumarbeiterbundes.

Zur Beachtung: Von Sperren usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

sammen und gründeten die Ortsgruppe, die dann dank der Ansicht der damals leitenden Kollegen erhalten blieb und gegenwärtig 158 Mitglieder zählt. Die Gründer waren die Kollegen Joseph Glahel, Gust. Menzel und Ernst Karger, infolgedessen können außer den Genannten auf eine 25jährige Mitgliedschaft in diesem Jahre zurückblicken die Kollegen Emil Brasse, Franz Primel, Paul Bauer, Hugo Junge, Rudolf Weber, Karl Kraußig und Fritz Suchner. Der Kollege Alfred Wolf ist Mitglied seit dem 10. März 1900. Die Kollegen Gustav Müller aus Striegau, Loosje, Steinger und Daubenthaler waren die ersten, die der jungen Zahlstelle mit Rat und Tat beistanden, in der damals für eine junge Organisation schwierigen Zeit. Daß die hiesige Ortsgruppe bestrebt war, ihren Mitgliedern auch wissenswertes zu bieten, ist aus den Aufzeichnungen des Protokolls ersichtlich. Es sprachen unter anderen hier die Genossen Franz Feldmann und Paul Löbe in Versammlungen. Von den Leitern der Zahlstelle war es in erster Linie unser Kollege Paul Winkler, der seine ganze Kraft in den Dienst der Organisation stellte. Nach ihm folgten Rudolf Wetscha und Heinrich Herzog. Hierbei wollen wir noch der Kollegen oedenken, die der hiesigen Ortsgruppe beistanden.

Die erste Lohnverhandlung fand im Jahre 1907 bei der Firma Thust statt. Zu offenen Lohnkämpfen kam es erst in dem Nachkriegsjahren 1920—1925 und 1926. Bei dem letzten Kampf blieben einige auf der Straße. Gegenwärtig ist die wirtschaftliche Lage sehr schlecht, demzufolge die Angriffslust der Unternehmer sehr groß ist. Die Kollegen müssen auf dem Posten sein, wenn ein Rückschlag vermieden werden soll. Der Ortsgruppe in dem schlesischen Winkel wünschen wir ein weiteres Gedeihen zum eigenen wie zum Wohle der gesamten Kollegenhaft.

Aus dem 11. Gau. Unter Führung des Kommunisten G. Haase in Parghim schlossen sechs Steinseger einen Vertrag mit der Firma Schumacher in Leer über den Abbruch der Schleufe in Lübb. Die Firma Schumacher machte in diesem Vertrage zur Bedingung, daß wöchentlich nur 75 Prozent des Bruttoverdienstes zur Auszahlung gelangen. Die restlichen 25 Prozent sollten bei Beendigung der Arbeit ausgezahlt werden. Diese 25 Prozent sind von der Firma an den Führer der KPD in Parghim, G. Haase, zur Auszahlung gekommen, nebst einer Abschreibung, welchen Betrag jeder einzelne Steinseger zu beanspruchen hat. Der Steinseger Jakob, der mit der Zustimmung der übrigen Affordanten vor Beendigung der Arbeit ausgeschieden ist, hatte nach Aufstellung der Firma Schumacher noch zirka 115 Mark von den einbehaltenen 25 Prozent zu beanspruchen. Nach den Behauptungen von G. Haase ist dieser Betrag auf Antrag von A. Haase nicht ausgezahlt, sondern unter die übrigen fünf Affordanten verteilt worden. Der Vorstand der Zahlstelle Parghim des Zentralverbandes der Steinseger hat auf die Beschwerde von Jakob den G. Haase zu einer Sitzung geladen, damit die Sache in friedlicher Weise, ohne Inanspruchnahme des Gerichts, geregelt würde, wie dieses auch allgemein unter gewerkschaftlich organisierten Arbeitern üblich sein sollte.

G. und A. Haase waren bis dahin noch Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes. — In dieser Sitzung hat der revolutionäre, Klassenbewußte KPD-Führer G. Haase, unter allen möglichen Begründungen, die man öfter bei den Schmaragden der Arbeitgeber auch hören kann, die Auszahlung der 115 Mark abgelehnt. Auch ein Vermittlungsvorschlag des Zahlstellenvorstandes, doch an Jakob mindestens 75 Mark zu zahlen, wurde glatt abgelehnt. Nachdem dieser Vergleich an der ablehnenden Haltung des G. Haase scheiterte, hat sich das Arbeitsgericht Schwerin mit dieser Sache beschäftigt. In der zweiten Verhandlung wurde dem G. Haase und Genossen mit aller Deutlichkeit erklärt, daß nach der ganzen Sach- und Rechtslage die Einbehaltung des 25prozentigen Anteils für Jakob nicht möglich ist. Auch hier wurden alle möglichen Behauptungen über Vertragsbruch, Schadenersatz usw. von G. Haase vorgetragen. Unter Berücksichtigung dieser Einwände wurde dann vom Amtsgerichtsrat Wendi ebenfalls der Vergleich in Vorschlag gebracht: „An Jakob 75 Mark zu zahlen.“ Auch dieser Vergleichsvorschlag ist von G. Haase abgelehnt worden, und der Parghimer KPD-Führer schob nun Jakob darüber den Eid zu, in dem er schwören sollte, daß am dritten Tage nach der Arbeitsaufnahme in der Baubude vereinbart worden ist, wer bis zur vollständigen Beendigung des Schleufenabbruchs nicht dableibt, bekommt die vom Unternehmer einbehaltenen 25 Prozent nicht ausgezahlt.“

Dieser Eid wurde zuerst von Jakob angenommen, aber nachdem ihm bekannt war, daß für den Fall, wenn er den Eid leistete, seine fünf Affordkollegen das Gegenteil beschwören würden, hat er verzichtet. Vorher wie auch im letzten Termin hat G. Haase diese Drohung wiederholt ausgesprochen. Jakob hat in Gegenwart von verschiedenen Zeugen erklärt, daß in seiner Gegenwart davon gesprochen ist, daß die einbehaltenen 25 Prozent nicht ausgezahlt werden sollen, wenn einer der Affordanten die Arbeit vor Beendigung verläßt.“

Wegen des Betrages von 115 Mark wolle er die Schwierigkeiten usw. die ein eventuelles Reineidsverfahren mit sich bringt, nicht auf sich nehmen. Aus diesem Grunde zieht er die Klage zurück.

Der KPD-Führer und Genossen können nun einen Sieg über einen Arbeitskollegen verzeichnen und können den Mehrverdienst, den dieser Arbeitskollege miterarbeitet hat, für sich verwenden. Der Parghimer KPD-Führer handelt in diesem Falle noch egoistischer wie ein ausbeutender Unternehmer. Der eigentliche Unternehmer, Schumacher, hat unter Berücksichtigung der geleisteten Arbeitstage dem Steinseger Jakob den Betrag von 559,66 Mark zuerkannt und an den KPD-Führer G. Haase gezahlt. Jakob hat aber nur 444,50 Mark erhalten. Leute wie G. Haase und Genossen können trotz alledem in der KPD eine Rolle spielen und bezeichnen sich bei jeder Gelegenheit als die ehrlichen und wirklichen Arbeiterführer. In den freien Gewerkschaften und der SPD ist und darf niemals für solche Leute Platz sein, die ihren Arbeitskollegen gemeinsam verdienten Affordlohn vorenthalten.

Mittweida. Am 18. Januar 1930 fand unsere mäßig besuchte Hauptversammlung statt. Der Vorsitzende, Kollege Kunze, gab ausführlich seinen Jahresbericht. Unsere Mitgliederzahl ist leider infolge schlechter Konjunktur von 225 auf 195 gefallen. Zur Zeit sind ungefähr 95 Prozent unserer Kollegen erwerbslos. Vor 1923 konnten wir in der Mittweidaer Zahlstelle fast keine Erwerbslosigkeit. Geldknappheit im Staat und Gemeinden, sowie hoher Zinsfuß mögen Schuld daran haben, jedoch nicht immer! Das Arbeitsgericht wurde viermal mit Erfolg in Anspruch genommen. Zur Weiterbildung besuchten drei Kollegen einen vierstägigen Kursus in Königstein, ein Kollege einen vierzehntägigen in Hofknäuel, zur Zeit besuchen noch 5 Kollegen die Wirtschaftsschule. Lohnbewegung hatten wir eine. Diese konnte mit geringem Erfolg für uns erledigt werden. Mit Dank für die gute Zusammenarbeit der Zahlstellenfunktionäre beendete Kollege Kunze seinen Bericht. Hierauf Rassenbericht des Kassierers, dem auf Antrag der Revisoren für seine einwandfreien Kassengeschäfte Entlastung erteilt wurde. Die Neuwahlen konnten schnell abgewidelt werden, da die Zeitung bis auf einen neuzugewählten Revisor bleibt. Von einem Rundschreiben der Gauleitung, welches über wichtige Sachen Ausschluß gibt, wird Kenntnis genommen. Kollege Kunze fordert zum Schluß auf, sich mehr der gewerkschaftlichen, sowie politischen Arbeit zu widmen.

Rundschau

„Die Steinindustrie“ bringt im Heft 5 vom 6. März eine vergleichende Aufstellung 1929 und 1930 über Deutschlands Luthenhandel an Pflastersteinen des Monats Januar, die wir der Beachtung unserer Verbandsmitglieder empfehlen:

	Januar 1930	Januar 1929
Einjahr (Doppelzentner)	29 997	172 574
Wert	96 000	478 000
Davon aus:		
Norwegen	3 005	24 970
Schweden	24 137	135 921
Tschechoslowakei	905	3 884
Ausfuhr (Doppelzentner)	259 416	29 211
Wert	909 000	94 000
Davon nach:		
Saargebiet	3 479	929
Belgien	40 647	—
Frankreich	156 065	19 291
Niederlande	54 511	6 126
Schweiz	3 105	1 857
Tschechoslowakei	1 209	—

Die Reparations-Sachlieferungen betragen im Januar 1930: 155 701 Doppelzentner (im Vorjahre 10 056), Wert 622 000 (im Vorjahre 19 000) Mark. Die Lieferungen gingen nach Frankreich.

Der Schwedische Steinindustriearbeiter-Verband im Jahre 1929. Vor einiger Zeit brachte das schwedische Syndikalistensblatt „Arbetarens stora artikel“, worin von einem „katastrophalen Rückgang“ unseres schwedischen Bruderverbandes die Rede war. Nunmehr veröffentlicht der Vorsitzende des Verbandes, Kollege Hjalmar Lundgren, in Nr. 9 der vom Schwedischen Gewerkschaftsbund herausgegebenen Wochenzeitschrift „Facköreningsrörelsen“ einen Bericht über den Stand des Verbandes, dem wir folgendes entnehmen:

Der Verband hatte am 1. Januar 1929 in 162 Abteilungen 10 007 Mitglieder, am Ende des Jahres in 169 Abteilungen 10 981 Mitglieder. Das ist für schwedische Verhältnisse ein ganz besonders guter Fortschritt. 1929 errichtete der Verband einen besonderen Fonds zur Unterstützung von Mitgliedern, die an Tuberkulose erkrankt waren. Dieser Fonds stieg im Laufe des vorigen Jahres von 57 655,24 Kronen auf 60 903,71 Kronen. An erkrankte Mitglieder wurden ausbezahlt 3050 Kronen. Es erhielten Mitglieder, die eine Familie zu versorgen hatten, je 300 Kronen und Einzelstehende je 150 Kronen. In einer am 1. Februar dieses Jahres abgehaltenen Vorstandssitzung wurden zunächst wiederum Unterstützungen aus diesem Fonds in einer Gesamthöhe von 2820 Kronen bewilligt. Seit Gründung des Fonds wurden im ganzen 11 270 Kronen ausbezahlt. Die erste Unterstützung geschah 1927, nachdem der Fonds die vorgesehene Mindesthöhe von 50 000 Kronen erreicht hatte. Der Fonds wurde 1929 mit 11 792,67 Kronen ins Leben gerufen, die man bei der Auflösung eines bis dahin geführten Genossenschaftsbetriebes freibekommen hatte.

1929 wurde eine Arbeitslosenklasse gegründet, in die jedes Mitglied seit dem 1. November wöchentlich 10 Dore zahlte. Am Ende des Jahres waren bereits 9256,30 Kronen beflissen. Ueber die Höhe der Unterstützung soll auf dem 1932 stattfindenden Verbandstag Beschlüsse gefasst werden. Von den größeren Ausgaben des Verbandes sind folgende hervorzuheben: An den Schwedischen Gewerkschaftsbund 45 452,40 Kronen. (Die schwedischen Gewerkschaften zahlen an ihren Bund für jedes Mitglied weitlich höhere Beiträge als in Deutschland üblich ist, weil dort die Verbände bei Kämpfen Unterstützungen aus der Bundeskasse erhalten.); Verbandstag 24 215,05 Kronen; für Lohnbewegungen 11 804,32 Kronen, davon 10 976,30 Kronen für Kämpfe. Unter diesen befanden sich auch 1000 Kronen für die kämpfenden Landarbeiter in Södra Måre. Daß so wenig für die Arbeitskämpfe ausgegeben wurde, beweist, daß im obgelautenen Jahre auch keine großen Streikfälle vorkamen, obgleich in mehr als 200 Fällen Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der Verträge entstanden. Es war eben auf beiden Seiten guter Wille zu friedlicher Lösung der Streitfragen vorhanden.

10 Verträge wurden im Laufe des Jahres gekündigt und durch neue ersetzt. Weitere 10 Verträge wurden neu abgeschlossen an Orten, wo die Arbeiter früher nicht organisiert waren. Dort waren die Löhne auch sehr niedrig. Nunmehr gelang es, dort 15 bis 25 v. H. Lohnerhöhung zu erzielen, in einigen Fällen noch mehr. Wo schon Verträge vorhanden waren, betrug die Lohnerhöhung immerhin noch weitere 5 bis 10 v. H. Am Ende des Jahres liefen 91 Verträge, von denen 20 Bezirksverträge waren. Die Verträge umfassen 95 v. H. der Verbandsmitglieder außer ungefähr 500 Syndikalistinnen und ebenso viel Unorganisierten. Die Bezirksverträge umfassen ungefähr 9000 Mitglieder.

Mit dem „katastrophalen Rückgang“ des Schwedischen Steinindustriearbeiter-Verbandes hat es also noch gute Wege.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gallen

Sammlungen:

Am 16. März in Lauenburg um 10 Uhr (Steinsetzer und Stein-schläger) im Lokal Baden, Kaiserstraße.

Am 30. März in Sorau (M.-L.) um 9 1/2 Uhr bei Günzel.

Am Ort zureisende und in Arbeit tretende Kollegen melden sich immer vorher beim Zahlstellenvorstand. Wer das unterläßt, hat keinen Anspruch auf Kollegialität und deren Auswirkung!

Friedland (Medl.). Der Kollege Willi Langguth möchte seine Adresse der Zahlstelle mitteilen. Walter Luplow, Kassierer, Mühlenstraße 29.

Achtung! Artur Langer, Steinmetz, geboren 9. 11. 1886 in Schmiedeburg. Seine alte Mutter in Hirschberg i. Schl. wünscht Deine Adresse! Deshalb sofort schreiben!

Leipzig. Die örtliche Arbeitslosigkeit in der Steinindustrie und im Straßenbau gestattet keine Zureise fremder Kollegen. So sind z. B. alle am Orte beim städtischen Straßenbau beschäftigten Granitsteinmetzen (Regiebetrieb und Privatunternehmung) arbeitslos, und es ist allgemein ein unhaltbarer Zustand, wenn die am Orte ansässigen Verbandsmitglieder stempeln gehen und Zugereiste, manchmal sogar Unorganisierte, Arbeit annehmen, dazu ohne jede Kontrolle über die Lohnhöhe. — Was hier von Leipzig berichtet wird, gilt für alle Orte!

Guben. Die Zahlstelle führt verjuchweise in diesem Jahre Arbeitsberechtigungskarten ein. Das Verhalten vieler Kollegen, sich vor der Arbeitsaufnahme nicht beim örtlichen Vorstand zu melden, zwingt uns hierzu. Karten stellt aus: Kollege Julius Fest, Guben, Schulstraße 30.

Tiefenstein. Der Pflastersteinmacher H. Kurzbach hat trotz wiederholter Erinnerung seine Verpflichtungen an die Zahlstelle nicht erfüllt. Vorwärts und energischer Hinweis ist beim Aufsuchen des Kurzbach sehr angebracht.

Kollegen, beachtet das!

In der neueren Entschliessung des Bundesausschusses vom ADGB zur Arbeitslosenunterstützung, siehe „Steinarbeiter“ Nr. 10, Beilage, 1. Seite, heißt es unter anderem:

Die Solidarität der Arbeiterschaft erfordert aber weiterhin auch Vermeidung jeglicher Ueberzeitarbeit, die notwendig zur Vergrößerung der Arbeitslosigkeit beitragen muß. Alle Verbandsvorstände wie auch die Arbeiter in den Betrieben sollen daher der Ueberzeitarbeit, die heute mehr denn je unberechtigt ist, den schärfsten Widerstand entgegensetzen.

Nicht überall und in jedem Falle wird dieser infolge der großen Arbeitslosigkeit so selbstverständliche Hinweis unter allen Umständen befolgt. In einzelnen Betrieben unserer Berufsgruppen werden dennoch Ueberstunden und sogar Sonntagsarbeit verrichtet, trotzdem andere Kollegen am Orte stempeln gehen müssen. Das ist eine Provokation der arbeitslosen Kollegen sondergleichen, der sich kein in in Arbeit stehendes Verbandsmitglied schuldig machen darf. Keiner, der Anspruch darauf erhebt, als „Kollege“ angesehen und angeprochen zu werden, soll über die normale, im Betrieb gültige Arbeitszeit hinaus arbeiten. Zuwiderhandelnde Verbandsmitglieder können aus diesem Grunde ausgeschlossen werden. Eine Veröffentlichung im „Steinarbeiter“ von Betrieb und Personen erfolgt natürlich auch. Deshalb, Kollegen, übt Solidarität, damit solche Maßnahmen nicht notwendig werden!

Die am 31. März 1930 fälligen Schulden des Deutschen Reiches



Nach der Annahme des Youngplanes in Haag ist es nun die erste Aufgabe Deutschlands, die Finanzen im Innern des Reiches so zu ordnen, daß in Zukunft von öffentlicher Hand keine kurzfristigen, unproduktiven Anleihen mehr notwendig sind. Wohin eine solche Schuldenpolitik führt, zeigt deutlich dieses Schaubild, das die am 31. März des Jahres 1930, also am Ende des Haushaltsjahres fälligen Summen darstellt. Zunächst braucht das Reich für das kommende Haushaltsjahr am 1. April einen Betriebsmittelfonds von 500 Millionen RM., den vorzuschließen sich die Reichsbank bereit erklärte. Dann sind 225 Millionen RM. Kredite bei Reichsbank und Reichspost fällig und 210 Millionen RM. Auslandskredit bei der Firma Dillon-Read. Ferner sind die 225 Millionen RM. für Schatzanweisungen der deutschen Banken fällig und jene 350 Millionen RM. Dezemberkredit, die die deutschen Banken unter Führung der Reichsbank vor der Haagkonferenz liehen. Dazu kommen noch 100 Millionen RM. Ausgabenreste des Reiches und 90 Millionen RM., die ultimo März für das Reich notwendig sein werden. Von diesen 1,7 Milliarden wird also die Reichsbank 500 Millionen vorziehen und 500 Millionen werden durch Diskontierung der Zinsholzanleihe herbeigeschafft werden können. Es bleibt für das Reich also nur ein Defizit von 700 Millionen. Nun haben aber die Großstädte und die Länder noch 1,8 Milliarden kurzfristige Anleihen am 31. März oder kurze Zeit später abzudecken, wobei auch diese auf Mittel aus öffentlichen Steuern bzw. auf Reichsmittel rechnen. Insgesamt wird also der Reichsfinanzminister zu diesem Termin 2 1/2 Milliarden RM. realisieren müssen, will er nicht mit einem neuen Defizit das neue Haushaltsjahr beginnen.

Ausbau der Streitversicherung. Die Unternehmer bauen ihre Streitversicherung aus. Die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände macht darüber in ihrem Geschäftsbericht nähere Angaben. Die Streitversicherung wurde in einer Gesellschaft „Deutscher Streikschutz“ konzentriert. Daneben bestehen noch Streitversicherungen zahlreicher Verbände, die aber mit dem „Deutschen Streikschutz“ verbunden sind. Die Jahreserinnahme betrug 1929 mehr als 1 800 000 Mark, 1926 wurden kaum 600 000 Mark eingenommen. Hieran sieht man die verstärkte Rührung des Unternehmertums. Weiter meldet der Geschäftsbericht: „Der Reservefonds des „Deutschen Streikschutzes“, der durch die Inflation vermindert wurde, ist trotz starker Inanspruchnahme im Jahre 1928 durch umfangreiche Streiks, besonders in der Rheinschiffahrt, der Steinindustrie und einiger Teile der Holzindustrie, auf fast 2 Millionen Mark angewachsen, so daß die Gesellschaft im Jahre 1930 voraussichtlich über rund 4 Millionen Mark verfügen wird.“ Die Unternehmer schützen sich. Arbeiter und Angestellte, tut ihr desgleichen?

330 000 Wohnungen im Jahre 1929. Nach Ermittlungen des Statistischen Reichsamts sind im verfloßenen Jahre 330 000 Wohnungen gebaut worden. Das Vorjahr wurde mit dieser Ziffer um 20 000 übertroffen. Das Jahr 1929 zählt zu den besten Baujahren trotz des harten Winters, der bis in den Frühling hineinragte. In dem laufenden Jahr wird es weit trauriger aussehen. Der würgende Kapitalmangel hindert jede Entfaltung. Dazu kommt noch der Dalles, mit dem die öffentlichen Körperschaften, namentlich die Kommunen, zu kämpfen haben. Die Wohnungsuchenden müssen sich weiter verträumen, weil der Kapitalstrom in verkehrte Kanäle gelenkt wurde oder vollständig verstopfte. Das nennt man vorausschauende Wirtschaftspolitik!

Ein Grund zur Scheidung in Amerika. In Fachzeitschriften fand sich folgende Notiz aus Amerika, wo die Lebensversicherung eine uns jetzt noch unfaßbare Bedeutung hat:

„Eine Frau hatte Scheidung beantragt, weil ihr Gatte sich weigerte, eine Lebensversicherung für sich abzuschließen. Das Gericht gab dem Scheidungsantrage statt mit der Begründung, daß es Pflicht des Ehemannes sei, nach Kräften für seine Frau und Kinder zu sorgen, damit diese im Falle seines Todes nicht in Not gerieten.“

Also, Kollegen, schließt sofort Versicherungen bei der Volksfürsorge ab, sonst geht es euch später einmal wie jenem Amerikaner!

Bekanntmachungen des Vorstandes

Auf Antrag der Zahlstelle Zwickau wurde der Steinmetz Otto Schabauer wegen dauernden unkollegialen, verbandsschädigenden Verhaltens aus dem Verbandsausgeschieden.

Verlorene Mitgliedsausweise: In Würzburg das Verbandsbuch Nr. 93 049 für Johann Ebert, Steinmetz. In Löhau Nr. 68 117 für Emil Rieger, Hilfsarbeiter, und Nr. 9878 für Karl Herbrig, Steinpalter.

Adressenänderungen

- Gau: Freienwalde (Oder). Vorf.: Otto Böttke, Neue Bergstraße 2. — Tempelburg (Pomm.). Vorf. u. Kass.: Otto Stelter, Draheimer Straße.
- Gau: Grünberg. Für Durchreisende wird Ortsgeheimt nur beim ADGB, Seilerbahn 10, gezahlt.
- Gau: Dornreichenbach Vorf.: Herrn. Franke, Kass.: Gustav Lohan, Wurzen, Fischerstraße 20, III. Bezirksleiter für Dornreichenbach und Umgegend: Gustav Lohan.
- Gau: Altleben. Vorf. u. Kass.: Herrn. Weise, Lehnhofstraße 4a. — Gröningen. Vorf. u. Kass.: Gustav Koch, Klostergröningen Nr. 1 (Halberstadt-Land). — Seehausen. Kass.: Karl Darius, Köthebach Nr. 1 (Stellung). — Osterburg. Kass.: Otto Wille, Neue Straße 1, I. — Halle (Saale). Vorf.: Paul Göhre, Weingärten 26. Kass.: Kurt Kyriß, Gerberstr. 13.
- Gau: Selb. Vorf.: Karl Thüring, Talstraße 1.

Briefkasten

Anfrage zur Invalidenunterstützung: Können aus dem Beruf ausscheidende Verbandsmitglieder, wenn sie versuchen in eigener kleiner Landwirtschaft ihr Auskommen zu finden, ihre Anrechte bei der eventuellen Verbands-Invalidenunterstützung aufrechterhalten durch Fortzahlung des Beitrages nur für diese Unterstützung? —

Antwort: Nein! Denn der Beitrag für eventuelle Invalidenunterstützung im Verband gilt nur in Verbindung mit dem übrigen Verbandsbeitrag. Ausnahme bekanntlich nur bei Erwerbslosigkeit, wenn in der Verbands-Erwerbslosenunterstützung die Aussteuerung erfolgt ist. Die wirtschaftliche Existenz durch eigene, wenn auch kleine Landwirtschaft ist nicht gleichzustellen mit der wirtschaftlichen Lage der Arbeitslosen schlechthin und erfordert deshalb entsprechenden Vollbeitrag zur Aufrechterhaltung von statistischen Rechten.

Kaßenburg. Wurde nicht veröffentlicht, weil es lediglich ein Protokoll ist und dann auf 2 Seiten beschrieben war

Gnad. Kr. Vom Vorstand kann dazu kaum jemand anwesend sein, vielleicht aber der Gauleiter?

H. S. Granit. Wenn die Eltern der Frau so dahinterstehen wie mitgeteilt, dann ist dein Eheleben nicht beneidenswert; aber von dritter Seite schlecht zu beraten. In solchen Fällen muß jeder versuchen, mit sich selber innerlich fertig zu werden, ehe der Knoten durchhauen wird. — Nach § 1364 des Bürgerlichen Gesetzbuches steht dem Manne die Entscheidung in allen das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten zu; er bestimmt insbesondere Wohnort und Wohnung. — Der § 1632 sagt: Die Sorge für die Person des Kindes umfasst das Recht, die Herausgabe des Kindes von jedem zu verlangen, der es dem Vater widerrechtlich vorenthält, und der § 1634 bestimmt: Neben dem Vater hat während der Dauer der Ehe die Mutter das Recht und die Pflicht, für die Person des Kindes zu sorgen, zur Vertretung des Kindes ist sie nicht berechtigt, unbeschadet der Vorschrift des § 1685. Abs. 1. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Eltern geht die Meinung des Vaters vor.

Anzeigen

Berlin. Marmor- und Werksteingruppe

Dienstag, 18. März, 19 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, gemeinsame Versammlung beider Gruppen. Tagesordnung: Stellungnahme zu unserer Lohnforderung. Verschiedenes. Die Arbeitgeber haben das Lohnabkommen gekündigt, und drohen mit Lohnabbau. Jeder Kollege hat zu erscheinen. — Mitgliedsbuch vorzeigen. Die Ortsverwaltung, I. A.: Gust. Nitsche.

Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G.

Spareinlagen von 1 RM an werden entgegengenommen in der Zentrale Berlin, Postscheckkonto Berlin 5898, in der Filiale Bremen, Postscheckkonto Bremen 532 84, Breslau, Postscheckkonto Breslau 414, Dresden, Postscheckkonto Dresden 21002, Frankfurt a. M., Postscheckkonto Frankfurt a. M. 42679, Hamburg, Postscheckkonto Hamburg 325 50, sowie in den Ortsausschüssen des ADGB

Pflasterhämmer

aus bestem Schweisstahl, Rammen, Brechstangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 82

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

In Eiterhagen am 2. Februar der Hilfsarbeiter Konrad Müller, 40 Jahre alt, 6 Wochen lungenkrank.

In Oberriedenberg am 13. Februar der Betriebs-Zimmermann Anton Helrich, 27 Jahre alt, 10 Monate krank.

In Berlin am 19. Februar der Pflastersteinschläger Rudolf Schröter, 64 Jahre alt, 14 Monate krank, Lungenbluten; am 27. Februar der Hilfsarbeiter Wilhelm Oesterreich, 72 Jahre alt, 1 1/2 Jahre krank, Herzschwäche.

In Gefrees am 26. Februar der Brecher Thomas Groß, 66 Jahre alt, Asthma seit 6 Jahren.

In Eltmannshausen am 27. Februar der Steinsetzer Johannes Reis I, 79 Jahre alt, Altersschwäche.

In Strehlen im Februar der Brecher Hermann Mendel, 40 Jahre alt, 1 Jahr 5 Monate lungenleidend.

In Kiel am 2. März der Granitsteinmetz Ernst Pollin, 54 Jahre alt, Freitot.

In Solnhofen am 4. März die Lithographiesteinmetzerin Sofie Ottmann, 58 Jahre alt, Herzlähmung.

In Leipzig am 5. März der Hilfsarbeiter Fr. Ernst Ebert, 70 Jahre alt, Adernentzündung.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Stehobold; Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.